



Der Vorsitzende

Niederschrift

Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses der Stadtvertretung Strasburg (Um.) am 27.05.2010

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der Beschlussfähigkeit

Durch den Vorsitzenden des Hauptausschusses wurde die Sitzung eröffnet und die Beschlussfähigkeit festgestellt

Mit der Einladung ist allen Mitgliedern des Hauptausschusses der Entwurf der Tagesordnung übergeben worden. Durch die Verwaltung wurden folgende Vorlagen beantragt:

- Beschlussvorlage Nr. 0025-Bau-2010
Voranfrage: Nutzungsänderung eines landwirtschaftlichen Betriebsgebäudes in ein Wohngebäude in Strasburg, Schönburg 9
Antragsteller: Herr Anko Ernst, Schönburg 6 in 17335 Strasburg

- Beschlussvorlage Nr. 0026-Bau-2010
Nutzungsänderung von Außen-WE für Behinderte zum Wohnheim für Menschen mit Behinderung in Strasburg, Lindenstr. 3
Antragsteller: Diakoniewerk Kloster Dobbertin gGmbH Am Kloster 16 in 19399 Dobbertin

Der Entwurf der Tagesordnung wurde als Arbeitsgrundlage bestätigt.

zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift vom 22.04.2010

Der Verwaltung sind keine Änderungen oder Ergänzungsanträge übergeben worden, Die Sitzungsniederschrift wurde einstimmig als Arbeitsgrundlage bestätigt.

zu 3 Information und Stand zum Stichtag über die Inanspruchnahme der finanziellen Mittel im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt. Stand der Genehmigung des beschlossenen Haushaltsplanes durch die Rechtsaufsichtsbehörde.

In Ergänzung dieses Tagesordnungspunktes wurde die Information und Beratung über den Stand der Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes für den Planungszeitraum 2010 bis 2016 mitbehandelt. Berichterstatter waren der Bürgermeister und der Kämmereiamtsleiter.

Auf der Grundlage des beschlossenen Haushaltsplanes 2010 und des durch die Stadtvertretung beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes für den Planungszeitraum 2010 bis 2016 wurde durch den Kämmereiamtsleiter eine Einschätzung der bisherigen Inanspruchnahme des Haushaltsplanes 2010 vorgenommen.

Wesentliche Inhalte seiner Ausführungen waren:

- Bis zum Berichtszeitraum wurde eine moderate Inanspruchnahme der Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt der Stadt Strasburg durchgesetzt.
- Insgesamt sind gegenwärtig 41,3 % der Einnahmen im Verwaltungshaushalt eingenommen. Aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung konnte im Berichtszeitraum eine Einsparung im VWH von ca. 16 T€ erreicht werden.
- Gute Wirkung zeigte die durch den Bürgermeister erlassene Haushaltssperre zu Beginn des Jahres und die vorläufige Haushaltsführung, die diszipliniert durch alle Ämter realisiert wurde.
- Das offene Haushaltsdefizit in Höhe von 285.250 € ist nach wie vor eine Aufgabenstellung, um weitere Einsparmaßnahmen im Haushalt durchzuführen.
- Die Einschätzung über das eigene Steueraufkommen in der Grundsteuer A und B sowie in der Gewerbesteuer wurden durch den Kämmerer zum Stichtag dargestellt.
Insgesamt wurde die Einschätzung getroffen, dass die von der Stadtvertretung beschlossenen Steuereinnahmen A, B und Gewerbesteuer bisher eine gute Arbeitsgrundlage waren und zum Stichtag mit über 100 % eingenommen wurden.
- Zum Vermögenshaushalt wurde durch den Kämmerer ausgeführt, dass gegenwärtig 154 T€ die durch die Stadtvertretung beschlossenen Investitionen bereitstehen. Nach Genehmigung des Haushaltes durch die Rechtsaufsichtsbehörde kann mit der Realisierung des Vermögenshaushaltes begonnen werden.

Durch den Bürgermeister wurden dazu folgende Ergänzungen mitgeteilt:

- Es besteht weiterhin der Ergeiz in der Verwaltung, die offene Finanzlücke in Höhe von 285 T€ weiter zu schließen. Dazu sollen vielfältige Maßnahmen beitragen wie u.a. die Wirksamkeit der Haushaltssperre und die sparsame Inanspruchnahme im Haushaltsplan vorgesehenen Haushaltsansätze.
- Wesentlicher Schwerpunkt dabei ist, dass alle Mitarbeiter im öffentlichen Dienst begreifen, dass die im Haushaltsplan vorgeschlagenen Haushaltsansätze nicht zu 100 % realisiert werden können, weil ein Haushaltsdefizit von 285 T€ zubuche steht.
- Der Kämmerer ist beauftragt worden, weitere Flächen in der Stadt Strasburg (Um.) für den Aufbau von Solarenergie in Anspruch zu nehmen.
- Durch den Bürgermeister wurden die anwesenden Stadtvertreter über den Inhalt der Genehmigung des Haushaltes der Stadt Strasburg (Um.) für das Haushaltsjahr 2010 lt. Schreiben des Landrates vom 20.05.2010 informiert.

Die Bemerkungen zum Haushaltsplan 2010 in den Punkten 1 bis 4 werden zur Auswertung in den Fraktionen zur Kenntnis gegeben.

Im Anschluss an diese Information fand zur Genehmigung des Haushaltsplanes 2010 sowie zur gegenwärtigen Inanspruchnahme des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes eine Aussprache statt.

Auftretende Fragen wurden durch den Bürgermeister und den Kämmerer beantwortet.

Die Informationen und Berichterstattungen wurden von den Anwesenden zur Kenntnis genommen.

zu 4

Beratung und Beschlussfassung über den vorzeitigen Beginn der Errichtung eines Max-Schmeling-Gedächtnisraumes in den Räumlichkeiten des jetzigen Museums der Stadt Strasburg (Um.)

Durch den Bürgermeister wurden die Anwesenden darüber informiert, dass unter Verantwortung des Bürgermeisters eine Informationsveranstaltung mit dem Museumsbeirat zu dem in der Vorlage des Hauptausschusses vom 22.04.2010 vorgelegten Beschlusssentwurfes „**Beschlusssentwurf der Stadt Strasburg (Um. zur Errichtung eines Max-Schmeling-Gedächtnis-Raumes in den Räumlichkeiten des jetzigen Museums der Stadt**“ stattfand.

Durch den Bürgermeister wurde ausgeführt, dass im Vorfeld der Beratung des Museumsbeirates jeder Teilnehmer den Beschlussentwurf in der vorgelegten Form zur Kenntnis erhalten hat.

Im Ergebnis der Beratung mit dem Museumsbeirat wurde im wesentlichen durch den Museumsbeirat auf folgende Schwerpunkte hingewiesen:

- Der Museumsbeirat begrüßt die Errichtung eines Max-Schmeling-Gedächtnis-Raumes im Museum der Stadt Strasburg (Um.).
- Die im Beschlussentwurf vorgeschlagene Verfahrensweise wurde bestätigt.
- Durch Frau Wegener als Mitglied des Museumsbeirates wurde diese Verfahrensweise ebenfalls schriftlich bestätigt.

Der Bürgermeister führte aus, dass bis zur Beratung der Stadtvertretung am 24.06.2010 es dringend erforderlich ist, schon Handlungen zur Umsetzung dieser Konzeption vorzunehmen. Dazu soll in Zusammenarbeit mit dem Museumsbeirat eine Gestaltungskonzeption der Max-Schmeling-Ausstellung vorbereitet werden.

Der Bürgermeister bat ausdrücklich, den vorzeitigen Beginn der Errichtung eines Max-Schmeling-Gedächtnis-Raumes durchzuführen.

Dazu wurde eine Abstimmung durchgeführt.

Abstimmung: einstimmig

Anfrage der Stadtvertreterin Frau Diana Becker, SPD-Fraktion:
Wie ist die Zusammenarbeit mit Klein Luckow?

Ausführungen des Bürgermeisters: Es soll mit Klein Luckow eine enge Zusammenarbeit geben. Alleinstellungsmerkmal der Stadt Strasburg (Um.) über Max-Schmeling soll nicht realisiert werden. Die Ausstellungen und die Errichtung des Max-Schmeling-Gedächtnis-Raumes für Max Schmeling ist so zu verstehen, dass hier eine enge Kooperation mit Klein Luckow erfolgen soll.

zu 5 Information und Beratung zur Einführung des elektronischen Entgeltnachweises im Wohngeldverfahren (ELENA) und der Einführung des elektronischen Standesamtsregisters (AUTISTA) mit zentraler Speicherung im DVZ Schwerin

Durch den Bürgermeister wurden die anwesenden Mitglieder des Hauptausschusses über die Einführung der o.g. Verfahren informiert.

Zu der Einführung des elektronischen Entgeltnachweises im Wohngeldverfahren wurden die Anwesenden darüber informiert, dass der Städte- und Gemeindetag im Landkreis Uecker-Randow die Verfahrensweise ablehnt.

Bei der Einführung des elektronischen Standesamtsregisters soll eine finanzielle Beteiligung durch das Land erwirkt werden.

Die Berichterstattung wurden durch die Anwesenden zur Kenntnis genommen.

zu 6 Berichterstattung über die Verkehrsverlagerung auf das nachgeordnete Straßennetz infolge der Einführung der LKW-Maut - Stand der Entwicklung der Verlagerung des Mautprellerverkehrs von der B 104

Der Bürgermeister informierte die Anwesenden über den Antrag der Stadt Strasburg (Um.) vom 20.05.2010 an den Landrat des Landkreises Uecker-Randow zur Beantragung der Verlagerung des Straßenverkehrs auf das nachgeordnete Straßennetz infolge der Einführung einer LKW-Maut auf der B 104.

Gleichzeitig informierte er die Anwesenden darüber, dass in der nächsten Kreistags-sitzung des Kreistages Uecker-Randow über eine Tonnage-Begrenzung auf der B 104 entschieden werden soll.

Die Berichterstattung wurde zur Kenntnis genommen.
Die Kopie des Antrages an den Landkreis vom 20.05.2010 wird diesem Protokoll als Anlage beigelegt.

zu 7

Sonstiges

7.1. Durch den Bürgermeister wurden die anwesenden Mitglieder des Hauptausschusses darüber informiert, dass das Anhörungsverfahren zur Intensivhaltung von Mastgeflügel mit 200 Tierplätzen, insgesamt 400 Tierplätzen (einschl. Nebeneinrichtungen) im Landkreis Mecklenburg-Strelitz in der Gemarkung Klein Daberkow beendet ist.

Im Rahmen dieser Anhörung wurde durch das staatliche Amt für Umwelt und Natur festgestellt, dass ein Raumordnungsverfahren nicht erforderlich ist. Die Erarbeitung einer evtl. Baugenehmigung mit entsprechenden Auflagen soll noch 2010 erfolgen.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

7.2. Durch den Stadtvertreter Herr Heinz Anders, Fraktion DIE LINKE, wurde zum nachstehenden Sachverhalt eine Problemdiskussion mit anschließender Entscheidung herbeigeführt:

Durch den Geschäftsführer der Gemeinn. Wohnungsbaugesellschaft mbH wurde mit Schreiben vom 10.05.2010 den Anwohnern der Schulstr. und Mauerstr. in Strasburg mitgeteilt, dass der Abriss/Rückbau und Modernisierung der Wohngebäude Schulstr. 19 und Mauerstr. 11-14 vorgesehen sind. Anschreiben an die Mieter (siehe Anlage).

Gegen diese Verfahrensweise wurde durch den Stadtvertreter Herrn H. Anders Protest eingelegt. Gleichzeitig übergab der Bewohner Norbert Nikolai, wohnhaft in 17335 Strasburg, Schulstr. 19, eine Unterschriftensammlung der Mieter der Schulstr. 19 und Mauerstr. 11-14, wo der Protest dieser Verfahrensweise zum Ausdruck gebracht wird.

Nach den Ausführungen des Stadtvertreters Herrn H. Anders ist diese Verfahrensweise nicht vereinbar mit einem würdevollen Umgang der Mieter bzw. mit der sozialen Situation, der in dieser Straßen wohnenden Bürgerinnen und Bürger.

Die Mehrheit der anwesenden HA-Mitglieder sprach sich in gleicher Weise gegen diese Verfahrensweise aus.

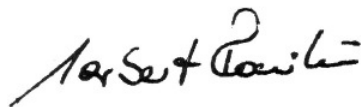
Durch den Bürgermeister wurde im Ergebnis der Information des Stadtvertreters Herrn Heinz Anders ergänzt, dass aufgrund der Mitteilung an die Mieter vom 10.05.2010 die Bürgerin Ute Nikolai in der öffentlichen Sprechstunde am 12.05.2010 sich ebenfalls über diese Verfahrensweise beim Bürgermeister beschwert hat. Daraufhin hat der Bürgermeister mit Schreiben vom 17.05.2010 den Geschäftsführer der Gemeinn. Wohnungsbaugesellschaft mbH aufgefordert, aufgrund dieser unqualifizierten Mitteilung an die Mieter kurzfristig das persönliche Gespräch mit allen Mietern der oben genannten Straßen durchzuführen, um über die tatsächlichen Gegebenheiten aufzuklären und Lösungsmöglichkeiten für ihre Wohnungsprobleme zu schaffen. Diese Beratung sollte vor Ort in der Mauerstraße und Schulstraße durch den Geschäftsführer persönlich durchgeführt werden. (Die Mitteilung an den Geschäftsführer vom 17.05.2010 ist ebenfalls als Anlage beigelegt)

Durch den Kämmereramtsleiter Herrn Herbert Krause wurden in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Aufsichtsrates die Ergebnisse der ISEK – Integrierte Stadtentwicklungskonzept – festgeschrieben durch Beschluss der Stadtvertretung vom 26.09.2002 - vorgetragen (siehe Anlage).

Im Ergebnis dieser Berichterstattung des Stadtvertreters Herrn Heinz Anders, des Bürgermeisters sowie des Vorsitzenden des Aufsichtsrates wurde eine Aussprache zu diesem Sachverhalt geführt.

Die Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Hauptausschusses sprachen sich gegen diese Verfahrensweise aus und forderten den Bürgermeister auf, nachstehende Festlegungen zu treffen:

- Der Geschäftsführer der Gemeinn. Wohnungsbaugesellschaft mbH wird sofort aufgefordert, auf der Grundlage der übergebenen Unterschriftensammlung und der bereits im Vorfeld durchgeführten Informationen ein unverzüglich persönliches Gespräch mit jedem Mieter aus der Schul- und Mauerstraße zu führen. Dazu sind Gesprächsprotokolle zu fertigen und dem Aufsichtsrat vorzulegen.
- Durch den Geschäftsführer der Gemeinn. Wohnungsbaugesellschaft mbH ist zu sichern, dass besonders für die betroffenen Mieter der Schul- und Mauerstr. auch im Bestand der Wohnungsbaugesellschaft Ersatzwohnungen angeboten werden.
- Der Bürgermeister wird beauftragt, diese Forderung gegenüber dem Geschäftsführer der Gemeinn. Wohnungsbaugesellschaft mbH umzusetzen.



Norbert Raulin
Vorsitzender des Hauptausschusses

